

Rede
13.04.2024
VVN-BdA

Die AfD, eine rechtsextreme Partei mit offen neonazistischem Flügel, ist auf dem Vormarsch und gewinnt immer mehr an Einfluss. Nicht nur in Form von Sitzen in Parlamenten -, auch Regierungspolitik und mediale Berichterstattung sind zusehends von rechten Denkmustern geprägt, die nicht selten von der AfD übernommen werden.

Gerade erst diese Woche wurde das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) verschärft, so dass künftig bis zu 120.000 Menschen jährlich in Lagern an den EU-Außengrenzen entrechtet hinter Stacheldraht konzentriert werden können, um sie für die Abschiebung abzuwickeln. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagt, dies sei der „Schlüssel, um ... irreguläre Migration zu begrenzen.“ - „Irreguläre Migration“, das ist ein Wort, das 2017 in einem Positionspapier der AfD zuerst in die Debatte eingeführt wurde. Das ist also direkt AfD-Sprech und soll rhetorisch eine „Gefahr“ suggerieren, die angeblich von geflüchteten Menschen ausgehe.

Worin soll diese „Gefahr“ bestehen, die heraufbeschworen wird? Bundeskanzler Olaf Scholz, der bekanntermaßen „im großen Stil“ abschieben lassen will, sieht den „Sozialstaat“ durch „irreguläre Migration“ bedroht. Aber wer bedroht den Sozialstaat wirklich? Unschuldige Menschen, die flüchten, weil ihre Lebensgrundlagen durch Kriege zerstört wurden?, oder die Regierung, die diese Kriege angezettelt und finanziert hat und nun zugunsten einer deutschen „Kriegstüchtigkeit“ an allen zivilen Haushalten den Rotstift ansetzt und damit nicht nur das Sozialsystem, sondern auch das Bildungssystem und das Gesundheitssystem kaputtspart?! Die heraufbeschworene Gefahr einer „irregulären Migration“ ist nichts anderes als eine Nebelkerze, ein Ablenkungsmanöver, um von der eigenen Schuld abzulenken.

Da werden über 2% des Bruttoinlandsprodukts für Hochrüstung und Kriegsführung ausgegeben. Es ist absehbar: Wenn die 100 Mrd.€ Kriegskredite aufgebraucht sind, werden dauerhaft mindestens 35 Mrd.€ jährlich aus dem regulären Bundeshaushalt in den Kriegshaushalt umgeleitet werden müssen. Irgendwo muss das Geld ja herkommen. Das bedeutet im Klartext: 35 Mrd. € werden spätestens ab 2027 in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit gekürzt. Anders ist das 2%-Ziel gar nicht einzuhalten. „Zeitenwende“ nennen sie es - in Wahrheit ist das Sozialabbau und Krieg! Damit wird der soziale Nährboden für den weiteren Aufstieg der AfD und anderer rechtsextremer und neonazistischer Kräfte geschaffen.

Um die Rechtsentwicklung zu stoppen - und damit auch den Aufstieg der AfD -, müssen die Kriegs- und Krisentreiber gestoppt werden - und zwar nicht erst dann, wenn die AfD an der Macht ist, sondern jetzt und heute! Stehen wir gemeinsam ein für eine konsequente Friedenspolitik, die zugleich den Weg zu einer solidarischen, gerechten und menschenwürdigen Gesellschaft ebnet.

Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!